



Berthold Huber
Erster Vorsitzender der IG Metall

IG Metall-Beirat
Frankfurt am Main
8. Juni 2010

Inhaltsverzeichnis

1. Ökonomische Lage und europäische Herausforderungen
2. Kürzungsbeschlüsse der Bundesregierung

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

1. Ökonomische Lage und europäische Herausforderungen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auf unserer Beiratssitzung im März habe ich die wirtschaftliche Lage wie folgt charakterisiert: „Weder Wirtschafts- noch Finanzmarktkrise sind überwunden. Es ist nicht mal sicher, ob sich die Wirtschaft mit mageren Wachstumsraten von 1,5 bis zwei Prozent überhaupt leicht erholen wird.“

Heute muss ich sagen: „Nicht überwunden“ war eine freundliche Untertreibung. Fast täglich sind wir mit neuen Hiobsbotschaften, mit einer Verschärfung der Finanzmarktkrise konfrontiert.

Aus der Bankenkrise ist in der Europäischen Union eine Schulden-, Währungs- und eine Haushaltskrise geworden.

Jetzt rächt sich, dass die Regierungen seit Ausbruch der Finanzmarktkrise nicht die notwendigen Maßnahmen zu einer fundamentalen Reregulierung der Finanzmärkte getroffen haben.

Das widersprüchliche Handeln alleine unserer Bundesregierung ist eine endlose Geschichte. Erst Verbot der Leerverkäufe, dann Aufhebung des Verbots, dann die Wiedereinführung – aber bei genauem Hinsehen mit vielen Ausnahmeregelungen.

Oder: Erst ist die Kanzlerin für eine Finanztransaktionssteuer, dann hält sie diese international nicht mehr für durchsetzbar (zuletzt sagte sie dies bei ihrer Rede auf dem DGB-Kongress Mitte Mai), dann einen Tag später Ankündigung eines nationalen

Vorstoßes für die Transaktionssteuer, (von der die EU-Partner nichts wussten), dann erklärt kurze Zeit später der Koalitionspartner FDP, er sei gegen eine Transaktionssteuer und so weiter und so fort.

In der Griechenland- und Eurokrise wurde erst nach monatelangem Zögern über Nacht ein 750-Milliarden-Euro-Rettungspaket aus dem Boden gestampft.

Ich bin ja für das Primat der Politik, aber nicht einer Politik, die sich nur als Banken-Samariter-Bund nach dem Crash betätigt.

Wir brauchen stattdessen wirksame Vorbeugung, wir brauchen eine Beseitigung der systemischen Ursachen der Finanzmarktkrise.

Das ist das Gebot der Stunde. Dieses dilettierende Durchwursteln muss endlich ein Ende haben.

Kolleginnen und Kollegen,

Wer glaubte, der Neoliberalismus sei am Boden, der sieht sich getäuscht. In der Deutungshoheit über die Ursachen der Schuldenkrise wollen Neoliberale und Marktradikale wieder Oberwasser bekommen.

Sprüche wie „wir haben über unsere Verhältnisse gelebt“, oder angeblich üppige staatliche Wohltaten und Sozialgeschenke seien

die Ursache der Krise – dies alles ist im politischen und medialen Mainstream immer häufiger zu hören.

Solche Thesen beeinflussen auch die Antikrisenpolitik. In vielen EU-Ländern haben die Regierungen auf einen Kurs umgeschwenkt, der nur verschleiernd „Sparprogramm“ genannt werden kann. Das gilt auch für die Beschlüsse der Koalitionsklausur vom Wochenende.

Es sind radikale Kürzungsprogramme bei Einkommen, sozialen Leistungen und staatlichen Investitionen. Das hat es so ähnlich in Europa zuletzt in der der Großen Depression in den 30er Jahren gegeben.

Es war jahrzehntelang Konsens in Wirtschaftswissenschaft und Politik, dass Austeritätspolitik schwerwiegende Folgen hat. Das Abwürgen der staatlichen und privaten Binnennachfrage hat die Weltwirtschaftskrise nicht bekämpft. Stattdessen wurde Massenarbeitslosigkeit und Massenelend der Menschen verschärft. Das ist die Lehre aus der Geschichte.

Die Wiederholung dieser desaströsen Politik halte ich für unverantwortlich, ja hochgefährlich.

EU-Kommission und nationale Regierungen haben bisher vor der Aufgabe versagt, eine abgestimmte und nachhaltige europäische Politik gegen die Schuldenkrise, zur Reregulierung der Finanzmärkte und zur Stabilisierung der Konjunktur auf den Weg zu bringen.

Es gilt offenbar Prinzip „Jeder stirbt für sich allein.“

Wir sollten uns keine Illusionen machen. Die Haushaltskrisen in der EU schlagen doppelt auf uns zurück: In der Schuldenbekämpfung durch Einkommens- und Sozialkürzungen. Und unmittelbar in den Betrieben. Die produzieren ja nicht nur für den deutschen Markt, sondern setzen einen Großteil der Produktion auf dem europäischen Binnenmarkt ab.

2. Kürzungsbeschlüsse der Bundesregierung

Kolleginnen und Kollegen,

die Kürzungsbeschlüsse der Koalition vom Wochenende sind ungerecht. Und sie sind nicht geeignet, die Krise zu bekämpfen.

Arbeitslose, Familien, Beschäftigte im öffentlichen Dienst – auf sie werden ein Großteil der Kosten der Finanzmarktkrise abgeladen. Durch Leistungskürzung und Streichung von über 10.000 Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst.

Auch wenn wir noch nicht alle Details kennen: Die Koalitionsbeschlüsse sind sozial unausgewogen und verletzen zutiefst das Gerechtigkeitsempfinden der Menschen.

Denn die Ursachen der sprunghaft gestiegenen Staatsverschuldung sind bekannt.

Die Deutsche Bundesbank hat die Kosten der Finanzmarktkrise für die öffentlichen Haushalte alleine für 2008 und 2009 auf 98 Milliarden Euro veranschlagt.

Das heißt: Mehr als die Hälfte der Neuverschuldung (53 Prozent) sind durch Rettungsmaßnahmen zugunsten der Banken verursacht worden.

Die Löcher in den öffentlichen Haushalten sind entstanden, weil die Regierungen erst die gnadenlose Spekulationen an den globalen Finanzmärkten zu gelassen haben und weil sie jetzt nicht bereit sind, die Verursacher der Krise in angemessener Höhe an den Kosten zu beteiligen.

Bereits 2011 sollen alleine bei Arbeitsmarkt und Elterngeld drei Milliarden Euro gekürzt werden. Das steigt bis 2014 auf 10,9 Milliarden.

Unter dem Stichwort „Beteiligung des Bankensektors an den Kosten für die Finanzmarktkrise“ steht für das kommende Jahr eine Null, und für die folgenden Jahre jeweils zwei Milliarden Euro – ich halte das für lächerlich und unverfroren. Der Finanzsektor wird aus der Verantwortung und finanziellen Haftung entlassen.

Es gibt keinen Beschluss für eine Finanztransaktionssteuer, keine Besteuerung von großen Vermögen und keine Beteiligung hoher Einkommen an den Kosten der Finanzkrise.

Den Menschen wird die Milliarden-Rechnung präsentiert, während die Verursacher Milliardengewinne in ihren Bilanzen ausweisen und die Spekulation munter weiter geht.

Es geht nach dem Motto: Die Armen zahlen die Zeche, die Reichen bleiben ungeschoren.

Gegen eine solche Politik werden wir uns wehren.